

TISCHVORLAGE

**Anträge und
Resolutionen an die
Delegiertenversammlung**

**3. Dezember 2011
in Luzern**

SP- Schiff- Shuttle- Service

Von **15h30 bis 16h30** fährt alle 15 Minuten (.30, .45, .00, .15, .30) ein Schiff vom **Casino Steg direkt zum KKL** (Anlegestelle beim Bahnhof SBB)

Die Überfahrt vom Casino Steg zum KKL dauert knapp **5 Minuten** und ist für alle DV-Teilnehmenden **kostenlos**.

Definitive Traktandenliste der Delegiertenversammlung vom Samstag, 3. Dezember 2011, Grand Casino Luzern, 10.15 Uhr – ca. 15.15 Uhr

- 10.15 1. Eröffnung und Grussworte**
Grussbotschaft von Yvonne Schärli-Gerig, Regierungsrätin Luzern
Willkommensrede Felicitas Zopfi, Präsidentin SP Kanton Luzern
- 10.45 2. Mitteilungen**
- 10.50 3. Rede Christian Levrat, Präsident SP Schweiz, Nationalrat FR**
- 11.15 4. Managed Care: Unterstützung des Referendums?**
Kontradiktorische Diskussion
Teilnehmende: Silvia Schenker, Nationalrätin Basel-Stadt
Priska Birrer-Heimo, Nationalrätin Luzern
Moderation: Jan Flückiger, Neue Luzerner Zeitung
Diskussion Unterstützung des Referendums und Beschlussfassung
- 12.15 5. Keine neuen Kampfjets ohne Mitspracherecht!**
Präsentation: Evi Allemann, Nationalrätin Bern
Eric Voruz, Nationalrat Waadt
Verabschiedung Positionspapier
- 12.45 6. Regierungsbeteiligung**
➤ R-1: Resolution der Geschäftsleitung SP Schweiz
➤ R-2: Resolution JUSO Schweiz
➤ R-3: Resolution Ruedi Tobler, SP Vorderland
- 13.15 7. Ersatzwahl Präsidium (VizepräsidentIn)**
- 13.30 8. Parolenfassung für eidg. Abstimmungen am 11.März 2012**
I. Bundesgesetz über die Buchpreisbindung
Kurzpräsentation: Jean-François Steiert, Nationalrat Fribourg
II. Eidgenössische Volksinitiative «Für ein steuerlich begünstigtes Bausparen zum Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum und zur Finanzierung von baulichen Energiespar- und Umweltschutzmassnahmen (Bauspar-Initiative)»
Kurzpräsentation: Marina Carobbio-Guscetti, Nationalrätin Tessin
III. Eidgenössische Volksinitiative ‚Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen!‘
Kurzpräsentation: Beat Jans, Nationalrat Basel-Stadt
IV. Eidgenössische Volksinitiative ‚6 Wochen Ferien für alle‘
Kurzpräsentation: Josiane Aubert, Nationalrätin Waadt

V. Bundesbeschluss über die Regelung der Geldspiele zugunsten gemeinnütziger Zwecke (Gegenentwurf zur Volksinitiative «Für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls»)

Kurzpräsentation: Carlo Sommaruga, Nationalrat Genf

- 14.30 9. Konzeptpräsentation SP 60+**
Präsentation: Marianne de Mestral
- 14.45 10. Budget 2012**
- 15.00 11. Resolutionen**
➤ R-4: Resolution SP Waadt „Für den Erhalt der Arbeitsplätze und der Standorte von Novartis. Nein zur Geldgier bei Novartis!“
- 15.15 12. Schluss / Apéro**

Traktandum 4: Managed Care – Unterstützung des Referendums?

Ausgangslage

Bereits heute bestehen Pflegenetze, und sie funktionieren allgemein gut. Bei der Managed-Care-Vorlage ging es hauptsächlich darum, deren Entwicklung zu fördern und zu beschleunigen. Die SP anerkennt die Vorteile der integrierten Pflegenetze, deren Ziel es ist, die PatientInnen, insbesondere chronisch Kranke, zum Beitritt zu bewegen. Managed Care will die Pflege koordinieren und unnötige Konsultationen und Analysen vermeiden sowie die Qualität verbessern. Die SP hat dafür gekämpft, dass ein für alle Parteien akzeptabler Kompromiss gefunden werden kann. Ein akzeptabler Kompromiss heisst, dass dieser nicht Partikularinteressen befriedigen, sondern der gesamten Bevölkerung nützen soll. Die vom Parlament verabschiedete Vorlage ist nun aber nicht mehr ausgeglichen und bittet einmal mehr in erster Linie die PatientInnen zur Kasse.

Die Steuerung im Gesundheitswesen wird den Krankenkassen überlassen

Seit langem ist die SP der Meinung, dass das Finanzierungssystem der Gesundheitsdienste für alle Pflegearten, ob stationär oder ambulant, nach demselben Finanzierungsschlüssel erfolgen muss. Ausserdem soll die öffentliche Hand für Planung und Tarifierung im stationären und ambulanten Bereich verantwortlich zeichnen. Mit dem Managed Care sind es nun aber die Krankenkassen, die am stärkeren Hebel sind. Sie sind es, die mit den integrierten Pflegediensten Verträge abschliessen werden, und da sie vorläufig nicht verpflichtet sind, solche Netze anzubieten, können sie ihre Bedingungen umso leichter durchsetzen. Sie werden somit über einen erheblichen Spielraum verfügen. In diesem Rahmen haben die Kantone im ambulanten Bereich keinerlei Steuerungskompetenzen erhalten. Sie können die integrierten Pflegenetze weder nach qualitativen Kriterien akkreditieren, noch können sie darüber wachen, dass das Angebot vollständig ist. Das vorgesehene System ist völlig intransparent. Den Kantonen bleiben keine Kontrollmöglichkeiten. Tatsächlich werden die Krankenkassen den ambulanten Bereich der obligatorischen Krankenversicherung steuern.

Ständige Erhöhung der von den PatientInnen getragenen Kosten

Um die Leute zu veranlassen, einem integrierten Pflegenetz beizutreten, hat die SP immer auf Anreize statt Strafen gesetzt. Gemäss der Managed-Care-Vorlage werden die Versicherten, die keinem Managed-Care-Modell beitreten wollen, "bestraft" und künftig bis zu einem Gesamtbetrag von 1000.- (gegenüber 700.- heute) einen Selbstbehalt von 15% (gegenüber 10% heute) bezahlen müssen, und dies ohne Aussicht auf Mehrleistungen. Dies benachteiligt insbesondere chronisch Kranke, die sich bereits in einer schwächeren Position befinden. Hinzu kommt, dass die Maximalbeträge des Selbsthalts künftig an die Kostenentwicklung der Krankenversicherung angepasst werden, was rasch zu bedeutenden Erhöhungen führen könnte. Man muss feststellen, dass, während die Krankenkassenprämien jedes Jahr steigen, die von den Versicherten zu tragenden Kosten ständig zunehmen. Zur Erinnerung: Die Neuordnung der Pflegefinanzierung, die neue Spitalfinanzierung, die Streichung von Leistungen des Grundkatalogs (Brillen etc.) sowie die Erhöhung des Beitrags an die Kosten des Spitalaufenthalts von 10.- auf 15.- belasten das Portemonnaie der Kranken immer stärker.

Wahlfreiheit nur für Begüterte

Wer diese Mehrkosten nicht tragen kann - übrigens ohne entsprechende Erweiterung oder Verbesserung der Leistungen - hat keine andere Wahl, als sich einem integrierten Pflegenetz anzuschliessen, sofern in seiner Region ein solches existiert. Diesbezüglich werden die Randregionen stark benachteiligt bleiben. Tatsächlich werden jene, die nicht über die nötigen Mittel verfügen, den Arzt nicht mehr frei wählen können. Dieses Vorrecht wird das Privileg der Begüterten bleiben. Chronisch Kranke werden vielleicht nicht einmal die Möglichkeit haben, das Pflegenetz frei zu wählen, falls ihr Vertrauensarzt, den sie seit Jahren aufsuchen, sich an keinem oder einem anderen Netzwerk beteiligt. Ausserdem wird ihre Wahlfreiheit durch den Abschluss von dreijährigen Verträgen eingeschränkt, die sie nur mit einer Ablösesumme vorzeitig kündigen können, deren Höhe von den Versicherungen festgelegt wird und die, was nicht überrascht, eher hoch angesetzt sein wird. Da die Ärztenetze zudem das Recht haben werden, mit Spitälern und Heimen Exklusivverträge abzuschliessen, könnten PatientInnen gezwungen werden, dort einzutreten, da die Netzwerke mit

diesen Einrichtungen äusserst vorteilhafte Verträge abgeschlossen haben, dies trotz der Tatsache, dass die neue Spitalfinanzierung die freie Spitalwahl vorsieht.

Schlussfolgerung

Die Gleichung Managed Care = generelle Senkung der Krankenkassenprämien ist ganz einfach falsch. Im Gegenteil, es ist illusorisch zu glauben, dass diese Revision des KVG die Gesundheitskosten bei gleichbleibender Qualität senken wird. Denn die wirklichen Kostenfaktoren, die insbesondere von der Pharmaindustrie und der Bürokratie der Krankenkassen verursacht werden, bleiben unverändert. Diese Vorlage, wie sie verabschiedet wurde, wird die Sparpolitik im Gesundheitsbereich verstärken und bildet einen weiteren Schritt hin zu einer Verkommerzialisierung des Gesundheitssystems. Schritte hin zu einem ungerechten System, das mehr auf Profit als auf das Patientenwohl ausgerichtet ist. Schritte hin zu einer Zweiklassenmedizin, einer Entwicklung, der sich die SP vehement widersetzt.

Antrag der Geschäftsleitung: Unterstützung des Referendums

Traktandum 6: Regierungsbeteiligung

Resolution der GL zur Regierungsbeteiligung der SP Schweiz

R-1: Politik für alle statt für wenige – als Oppositions- und Regierungspartei

Die SP ist und bleibt Regierungs- und Oppositionspartei. Sie kämpft mit ihren Initiativen ausserhalb der Regierung für ihre Anliegen. Und sie vertritt mit Referenden auch immer wieder Positionen gegen die Regierung. Gerade in der kommenden Legislatur wird die SP mit Hilfe direktdemokratischer Mittel die Politik prägen:

- Die SP wird es nicht zulassen, dass Liberalisierungen und Privatisierungen Einzug halten.
 - Die SP will ein flächendeckendes Poststellennetz für alle statt Privatisierungsgewinn für ganz wenige. Die SP setzt auf ihre im vergangenen Jahr eingereichte Postinitiative.
- Sie wird es nicht zulassen, dass die Umsetzung des AKW-Ausstiegs torpediert wird.
 - Die SP will 100'000 neue Arbeitsplätze dank Investitionen in erneuerbare Energien statt Geld für die Atomlobby. Die SP setzt auf ihre cleantech-Initiative.
- Sie wird es nicht zulassen, dass Sozialabbau betrieben wird.
 - Die SP will ein sozial flexibles Rentenalter für alle und keinen Rentenabbau. Die SP war mit dem Referendum vergangenen Frühling gegen den Rentenklau erfolgreich. Und sie wird auch in Zukunft mit Referenden dafür sorgen, dass es zu einem Umbau und nicht zu einem Abbau bei der AHV kommt.
- Sie wird es nicht zulassen, dass einige wenige immer reicher werden und die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinandergeht.
 - Die SP will mehr Lohn für alle statt weiterhin Lohnexzesse einiger Abzocker. Die SP setzt auf die 1:12-Initiative der Juso und fordert mit der mit den Gewerkschaften lancierten Mindestlohn-Initiative einen minimalen Lohn für 100% Arbeit. Und sie setzt auf mehr Steuererechtigkeit mit der gemeinsam mit Partnern lancierten Initiative für eine nationale Erbschaftssteuer.
- Sie wird es nicht zulassen, dass die Krankenkassen- und Pharmalobby die Gesundheitspolitik diktiert – und die Prämienzahlenden und PatientInnen darunter leiden.
 - Die SP will eine öffentliche Gesundheitskasse – wie die gleichnamige SP-Initiative dies fordert.

Die SP will gleichzeitig ihre Politik aber auch in Zukunft in der Regierung vertreten. Die SP Schweiz ist die einzige Partei, welche sich in der Regierung gegen Sonderinteressen und für eine Politik im Interessen der ganzen Bevölkerung einsetzt. Die SP ist in der Regierung, weil sie die Einflussmöglichkeiten schätzt, welche diese uns eröffnet. Die SP ist sich bewusst, dass sie nur zwei von sieben Bundesratssitzen hat und daher seit je in einer Minderheitenposition ist. Trotzdem ist es besser, im Bundesrat zu sein als im Vorzimmer auf dessen Entscheide zu warten. Die SP will mehr Einfluss, nicht weniger. Die SP möchte gestalten und ihre Politik für die ganze Bevölkerung durchsetzen.

Die SP geht gestärkt aus den Wahlen hervor. Mit insgesamt 7 Sitzgewinnen – drei im Ständerat und vier im Nationalrat – ist sie die einzige der fünf etablierten Parteien, die in Sitzen zulegen konnte. Damit ist ihre Doppelvertretung im Bundesrat noch eindeutiger gegeben als bereits vor den Wahlen. Diese Doppelvertretung ist zentral: Nur wenn die SP mit der nötigen Stärke im Bundesrat vertreten ist, kann sie wirkungsvoll ihre Rolle wahrnehmen und ihre Politik für die ganze Bevölkerung einbringen.

Für die SP ist klar: Das Abwählen oder das Nichtwählen eines SP-Bundesrates wäre ein direkter Angriff auf die Konkordanz, auf eine starke Vertretung der ArbeitnehmerInnen, der MieterInnen, der öV-Benutzerinnen, der KonsumentInnen in der Landesregierung. Es wäre ein Angriff mit dem Ziel, diese Anliegen in der Regierung zu schwächen, die SP und ihre WählerInnen zu marginalisieren. Falls einer solcher Angriff erfolgreich sein würde, würde die SP umgehend zu einem ausserordentlichen Parteitag einladen. Dieser würde am 11. Februar in Bern stattfinden und definitiv über die Frage des Verbleibs in der Regierung entscheiden.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme der Resolution.

Resolution der JUSO Schweiz

R-2 Für eine sozialdemokratische Politik Verantwortung übernehmen

Für uns Jungsozialistinnen und Jungsozialisten ist klar: Als sozialdemokratische Partei muss die SP Schweiz für den demokratischen Sozialismus und für die Überwindung des Kapitalismus auch innerhalb des kapitalistischen Systems und innerhalb des kapitalistischen Staates kämpfen. Im Wissen, dass der Kapitalismus nicht nur Wirtschafts-, sondern auch Gesellschaftssystem ist, wollen wir die Machtverhältnisse auf allen Stufen zu unseren Gunsten und zu Gunsten einer freien und demokratischen Ordnung verändern. Durch gesellschaftliches Bewusstsein, durch Stärkung der zivilgesellschaftlichen Organisationen und Gewerkschaften und durch die Eroberung von politischer Macht innerhalb des Staates. Insbesondere durch die Übernahme von Verantwortung in den demokratischen Institutionen. Dies im Bewusstsein, dass der kapitalistische Staat immer auch ein Abbild der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und der ungerechten Verteilung des Kapitals und der Ressourcen ist.

In der Schweiz wird Politik heute vor allem für Banken, Grosskonzerne und Superreiche gemacht. Die Finanzindustrie wird nicht reguliert, sie macht weiterhin enorme Gewinne, während Verluste von der Gesellschaft getragen werden müssen. Die soziale Verantwortung für die risikoreichen Spekulationsgeschäfte wird aus Profitlogik einfach abgeschoben. Zwischen den Kantonen herrscht ein ruinöser Steuerwettbewerb, der zu immer weiter sinkenden Steuern für Unternehmen und Superreiche führt, und das in Zeiten, in denen die Staatsschulden sich auf türmen. Der „freie Markt“ hat uns soweit gebracht, dass unsere Demokratie von Kapitalinteressen unterwandert wird, der Sozialstaat zurückgedrängt wird und die Ungleichverteilung des Reichtums ungekannte Ausmasse annimmt. Der Bundesrat als Exekutive der Schweiz hat diese Entwicklung stets unterstützt und teilweise bewusst forciert.

Vor diesem Hintergrund muss sich die SP die Frage stellen, ob eine Beteiligung an einer solchen bürgerlichen Regierung noch zielführend und verantwortbar ist. Entscheidendes Kriterium hierfür muss zu jeder Zeit die Frage sein, ob die SP ihre Interessen klar vertreten und ihre Ziele umsetzen kann, oder ob sie der bürgerlichen Regierung nur zusätzliche Legitimation verleiht, die das sozialdemokratische Projekt gleichzeitig nicht voran bringt, oder gar schwächt.

Bereits mit ihrem Eintritt in den Bundesrat 1943 stand die SP vor dieser Frage. Vor dem Hintergrund der faschistischen Bedrohung erklärte sich die SP in den 30er Jahren zu einer engeren Zusammenarbeit mit den gemässigten bürgerlichen Kräften bereit und bekannte sich 1935 zur bewaffneten Landesverteidigung. Nach dem die SP bei den eidgenössischen Wahlen 1943 stärkste Kraft wurde, war ihr Anspruch auf einen Sitz im Bundesrat bis weit ins bürgerliche Lager nicht mehr zu leugnen. Ernst Nobs wurde erster sozialdemokratischer Bundesrat. Bereits 1953 trat die SP allerdings mit Max Weber nach der gescheiterten Bundesfinanzreform wieder aus dem Bundesrat aus. Die SP ging in die Opposition. Nach dem Rücktritt von gleich vier Bundesräten im Jahr 1959 einigte sich die SP mit den drei bürgerlichen Bundesratsparteien auf die Zauberformel, die der SP zwei Sitze sicherte. Seither ist die SP ständig mit zwei Mitgliedern im Bundesrat vertreten. In ihrer Zeit im Bundesrat konnte die SP zahlreiche Erfolge verbuchen. Etwa die Einführung der AHV und des Frauenstimmrechts, die Stärkung der Sozialwerke und die Einführung der Mutterschaftsversicherung.

Neben diesen und weiteren augenfälligen Errungenschaften seit dem Entscheid für die Regierungsbeteiligung, war es der SP möglich, die SP-Departemente mit Mitarbeitern der SP zu besetzen, welche im Hintergrund die Arbeit der Bundesrätinnen und Bundesräten nach sozialdemokratischen Idealen vorbereiteten konnten.

Für die JUSO ist deshalb klar: Eine Regierungsbeteiligung der SP – und ein Bundesratsbeteiligung im Speziellen – kann ein sinnvolles und zielführendes Mittel zum Zweck der Erfüllung sozialdemokratischer Politik sein. In der aktuellen politischen Lage wäre eine Preisgabe der politischen Macht im Bundesrat leichtsinnig und unverantwortlich. Insbesondere, um einen Angriff der neoliberalen IdeologInnen der politischen „Mitte“ auf soziale Errungenschaften abzuwehren, braucht es eine starke SP.

Die JUSO fordert deshalb:

- Die SP darf sich aber nicht um jeden Preis an der Regierung beteiligen. Ein Minimalkonsens der beteiligten Parteien muss die Grundlage für eine gemeinsame Regierung sein. Dieser muss eine Gesellschaft der Demokratie und Gleichberechtigung und Rechtsgleichheit beinhalten. Die SP muss für den Fall, dass keine solche Grundlage zustande kommen sollte oder diese massiv verletzt wird, immer auch eine Strategie für eine Politik ohne Regierungsbeteiligung bereithalten.
- Die SP verbleibt nur solange im Bundestat, wie sie auch innerhalb des Gremiums reale Veränderungen im sozialdemokratischen Sinne bewirken kann.
- Ein Verbleib der SP im Bundesrat darf nicht zu inhaltlichen Konzessionen in ihrem Programm führen. Das Nein der SP zur Armee am Lausanner Parteitag und alle weiteren Beschlüsse dürfen nicht durch Kompromisse geschwächt werden, die in einem Gegensatz zu unseren Positionen und Werten stehen.
- Die Übernahme von Verantwortung im Bundesrat bürdet den SP-BundesrätInnen, Regierungsrätinnen und lokalen ExekutivpolitikerInnen auch Verantwortung für eine bürgerliche Politik auf, nicht aber der Partei.
- Die SP-BundesrätInnen stehen in intensivem Kontakt zur Basis. Sie verantworten sich an jedem Parteitag für ihre Arbeit im Bundesrat und werden von den Delegierten in einer Vertrauensabstimmung in ihrem Amt bestätigt.
- Die SP muss proportional zu ihrer Stärke im Parlament in der Regierung vertreten sein.
- Die Regierungsmitglieder müssen den Kampf der SP teilen und sich ihrer Rolle als Vertreterin in einer bürgerlichen Regierung voll bewusst sein.
- Über die Regierungsbeteiligung muss innerhalb der SP eine ständige Diskussion geführt werden. Die Frage kann nie abschliessend beantwortet werden und muss daher offen und demokratisch zur Disposition stehen.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme.

Begründung: Der zentrale Teil der Resolution sind zweifelsohne die Forderungen. Mit diesen ist die GL der SP Schweiz einverstanden.

Mit zwei kleinen Ausnahmen:

Den Punkt 3 des Forderungskatalogs möchte die GL ganz allgemein formulieren: „Inhaltliche Forderungen oder inhaltliche Konzessionen passen nicht in das System der Konkordanz. Die Kandidierenden der jeweiligen Parteien vertreten diese im Bundesrat. Der Verbleib der SP im Bundesrat darf daher nicht mit irgendwelchen inhaltlichen Konzessionen verbunden sein.“

Beim Punkt 5 des Forderungskatalogs möchte die GL den letzten Halbsatz weglassen. „Die SP-BundesrätInnen werden von den Delegierten in einer Vertrauensabstimmung in ihrem Amt bestätigt.“ Es ist wichtig, dass es einen engen Kontakt zwischen BundesrätInnen und der Basis gibt und auch die SP-BundesrätInnen jeweils am Parteitag anwesend sind. Es kann aber nicht die Aufgabe der Delegierten sein, die BundesrätInnen wieder zu wählen.

Mit den übrigen Forderungen ist die GL der SP einverstanden. Die Einleitung der Resolution, insbesondere die Sprache, würde die GL etwas anders formulieren.

Resolution von Ruedi Tobler, SP Vorderland**R-3: Die SP Schweiz will eine Konkordanzregierung**

Die SP Schweiz setzt sich ohne Vorbehalt und mit allen Kräften für eine Erneuerung der Konkordanz nach den eidgenössischen Wahlen ein.

Es gibt kaum ein Thema, zu dem in den letzten Jahren mehr Mythen, Halbwahrheiten und dreiste Lügen verbreitet worden sind. Wie schon der Name sagt, war die Konkordanz nie ein zahlenmässiges Machtkartell, um die Bundesratsitze nach Fraktionsstärken auf die grossen Parteien zu verteilen. Ihre Wurzeln hat sie in den Dreissiger Jahren, als es darum ging, die Schweiz aus der grossen Weltwirtschaftskrise herauszuführen und die Bedrohung durch den Faschismus wie auch den Stalinismus abzuwehren. Die drei tragenden Säulen der Konkordanz waren denn auch sozialer Ausgleich statt Klassenkampf (mit dem „Arbeitsfrieden“), militärische Landesverteidigung und vor allem die klare Abgrenzung von den totalitären Ideen und Nichtzusammenarbeit mit solchen Strömungen. So wurde der SP erstmals 1943 ein Sitz im Bundesrat zugestanden. Und es dauerte noch bis 1959, bis unsere Partei ihrer Stärke entsprechend im Bundesrat vertreten war. In der Nachkriegszeit wurde auch eine vorsichtige Öffnung gegenüber internationalen Organisationen zur Basis der Konkordanz.

Es ist verständlich, dass die in die Jahre gekommene Konkordanz Abnützungserscheinungen zeigte, umso mehr als die Wirtschaft einige Zeit florierte und mit dem Zusammenbruch des Ostblocks die letzten „Feinde“ aus Europa verschwanden und ein Zusammenstehen in der Abwehr gegen äussere Bedrohungen nicht mehr nötig ist. Zwangsläufig hat sich damit die Notwendigkeit einer grundlegenden Neuorientierung in der Sicherheitspolitik ergeben, um die noch immer gerungen wird. Und seit es in der Sozialpolitik nicht mehr darum geht, wie der „wachsende Kuchen“ verteilt werden soll, sind die Auseinandersetzungen um die Ausgestaltung der sozialen Sicherheit härter geworden. All dies hätte die Konkordanz nicht in ihrem Kern getroffen.

Aber seit sich Christoph Blocher zum Führer der SVP aufgeschwungen und diese Partei gemeinsam mit anderen Multimillionären faktisch aufgekauft und privatisiert hat, hat er sie von einer gutbürgerlichen zu einer Rechtsausser-Führerpartei transformiert. Abgrenzung gegen rechts aussen und Berührungängste mit rassistischen Milieus sind ihm fremd. Damit ist die Konkordanz systematisch in ihrem Kerngehalt ausgehöhlt und zerstört worden. Da die Konkordanz nicht auf einer formellen Vereinbarung beruht, konnte auch keine formelle Verletzung eingeklagt werden. Unsere Partei hat zwar immer entschieden diese Politik der SVP bekämpft, aber wir haben sie wohl zu wenig als Zerstörung der Konkordanz angeprangert. Viel schlimmer ist allerdings das Lavieren von FDP und CVP. Keine dieser Parteien hat es gewagt, sich unzweideutig gegen die Anmassung der SVP zu wehren, ihr rechtsextremer Propagandafeldzug – untermalt mit Plakaten im Nazistil – sei „bürgerlich“ und klar gemacht, dass bürgerliche Politik ihre Grundlage in den Menschenrechten und im Respekt vor Andersdenkenden hat. Sie hätten auch die „anständigen“ SVPler moralisch unter Druck setzen müssen, die Rechtsausserpartei zu verlassen und in eine bürgerliche Partei zu wechseln.

Mit ihrem Schwindel mit dem Volk, den die SVP in diesem Wahljahr bereits zum zweiten Mal auführt, demonstriert sie ausdrücklich, dass es ihr nicht um Dialog mit der Bevölkerung und die Vertretung ihrer Interessen geht, sondern dass das Volk für sie lediglich Kulisse für Selbstinszenierung bildet, wie es im nördlichen Nachbarland in seiner schlimmsten Zeit vorgelebt worden ist.

Spätestens 2003 mit der Abwahl von Ruth Metzler aus dem Bundesrat und der Wahl von Christoph Blocher an ihrer Stelle wurde die Abkehr von der Konkordanz besiegelt. Zwar erfolgte 2007 dank dem Einsatz unserer Fraktion eine erfreuliche Teilkorrektur mit der Nichtwiederwahl des SVP-Führers in den Bundesrat. Aber das war keine Rückkehr zur Konkordanz.

Die unglaubliche Reaktion auf die Wahl von Eveline Widmer-Schlumpf zeigte nochmals die Konkordanzunfähigkeit der SVP. In Manier eines Schauprozesses, wie er von totalitären Regimes aller

Couleur bekannt ist, wurde die von der Bundesversammlung rechtmässig gewählte Bundesrätin als „Verräterin“ abgestempelt und in Sippenhaftung eine ganze Kantonalpartei ausgeschlossen. Hätte dies nicht das Ende der Beteiligung der SVP im Bundesrat sein müssen?

Ausgerechnet zum 50-Jahr-Jubiläum von Max Frisch's eindrücklicher Warnung vor der Verharmlosung politischer Brandstifter wurde 2008 der SVP-Brandstifter vom Dienst, Ueli Maurer, wenn auch knapp, in den Bundesrat gewählt. Sein Doppelspiel hat bereits zur Blockade bei der Weiterentwicklung der Armeekonzeption und zum offenen Feuer in Bezug auf die Militärausgaben geführt. So darf es nicht weitergehen.

Nach all ihren Eskapaden gegen die Konkordanz behauptet die SVP nun unverfroren, sie stehe zur Konkordanz und habe Anspruch auf zwei Sitze im Bundesrat. Das kann ja nicht wahr sein.

Die anstehende Bundesratswahl im Dezember droht zum Tummelfeld für intransparente Machtspiele oder zur Lotterie zu werden. Das kann nur verhindert werden, wenn sich alle verantwortungsbewussten Parteien gemeinsam auf das politische Erfolgsrezept der Schweiz im abgelaufenen Jahrhundert zurückbesinnen: die Konkordanz. Dafür braucht sie eine Erneuerung mit der Ausrichtung auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts:

- Langfristige Sicherung von sozialer Sicherheit und Gesundheitsversorgung.
- Verpflichtung auf Klimaschutz und eine nachhaltige Entwicklung, die nicht auf Kosten künftiger Generationen geht (erneuerbare Energien, schonender Umgang mit Ressourcen, ökologische Landwirtschaft, Ausgleich zwischen Nord und Süd) – mit aktiver Beteiligung an der Weiterentwicklung der Weltgemeinschaft.
- Verwirklichung der Menschenrechte als Grundlage für die Weiterentwicklung von Demokratie und Rechtsstaat.
- Ausrichtung der Friedens- und Sicherheitspolitik auf menschliche Sicherheit und kollektive Sicherheit im Rahmen der UNO und ihrer Regionalorganisationen.

Die Delegiertenversammlung der SP Schweiz vom 1. Oktober 2011 in Biel verpflichtet die zuständigen Gremien der Partei – insbesondere die Geschäftsleitung und die Fraktion in den Eidgenössischen Räten –, sich bereits im verbleibenden Wahlkampf, vor allem aber im Hinblick auf die anstehenden Bundesratswahlen mit allen Kräften und konsequent für die skizzierte Erneuerung der Konkordanz einzusetzen und dafür schon jetzt das Gespräch mit den „konkordanzfähigen“ Parteien zu suchen. Gemeinsam mit jenen Parteien, die sich ebenfalls auf die Konkordanz verpflichten, sollen sie für eine ausgewogene Zusammensetzung des Bundesrates unter Ausschluss der SVP sorgen.

Sollte eine solche tragfähige Lösung nicht zustande kommen, wird so oder so ein ausserordentlicher Parteitag nötig sein, um über die weitere Regierungspolitik unserer Partei zu befinden.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Ablehnen.

Begründung: Konkordanz bedeutet die Vertretung der zentralen politischen Kräfte in der Regierung. Die SP hat sich in der Vergangenheit immer an diese Definition der Konkordanz gehalten. Das hat sich bewährt. Dies auch im Wissen darum, dass sonst die Gefahr gross ist, dass bald schon die SP (anstelle der SVP) nicht mehr in der Regierung vertreten sein könnte. Eine Regierung ohne SVP wäre eine Koalitionsregierung und damit ein Wechsel zu einem System von Regierung und Opposition. Das verträgt sich auch nur schwer mit dem System der direkten Demokratie. Aus diesen Gründen schlägt die GL vor, auf dieser Position zu bleiben und die Resolution abzulehnen.

Traktandum 7: Ersatzwahl Präsidium (VizepräsidentIn)

Im Zusammenhang mit dem Rücktritt von Cédric Wermuth gibt es eine Vakanz im Vizepräsidium der SP Schweiz. Für den freiwerdenden Sitz wurde fristgerecht die Kandidatur von David Roth, Präsident der Juso eingereicht. Das Motivationsschreiben sowie das Curriculum finden sich auf den nachfolgenden Seiten.

Es sind keine weiteren Kandidaturen eingetroffen.

Lebenslauf David Roth

Geburtsdatum 19. Mai 1985
 Adresse Heimatweg 2
 6003 Luzern
 davidroth@gmx.ch
 www.davidroth.ch



Ausbildung

seit 2006 Studium in Zeitgeschichte und Philosophie an der Universität Freiburg i. Ü.
 2004 Fachkurs Radiojournalismus
 2005 Kurzzeitgymnasium Musegg, Schwerpunktfach Pädagogik, Psychologie, Philosophie
 1998 – 2001 Sekundarschule Utenberg
 1993 – 1998 Primarschule Felsberg

Sprachkenntnisse

Deutsch Muttersprache
 Französisch gute Kenntnisse
 Englisch gute Kenntnisse

Berufliche und weitere Tätigkeiten

2008 - 2010 Befristete Anstellung im Kulturzentrum Centre Fries, im Bereich Programmation, Buchhaltung, Gebäudeunterhalt.
 2007 –2009 Vorstandsmitglied von Radio 3FACH
 Mai 2006 Zivildienst bei der Pro Velo Luzern
 2005 – 2006 Zivildienst im Wohnheim Ufwind, Betreuung suchtgefährdeter Jugendlicher
 2005 – 2008 Leitung von J+S Ausbildungskursen
 2002 – 2005 Pfadileiter, drei J+S/PBS Leiterausbildungskurse
 2002 – 2009 Moderation und Redaktion bei Radio 3FACH
 2000 – 2004 Aufbau des Jugendtreffs St. Leodegar

Mitgliedschaften und Politik

seit 2011 Mitglied des Kantonsrates Luzern; Kommission Wirtschaft und Abgaben
 2009 – 2011 Mitglied der Baukommission des Grossen Stadtrates Luzern
 2009 – 2010 Aufbau und Mitarbeit bei *Unsere Uni Freiburg*
 2009 – 2011 Aufbau und Mitarbeit bei der Kulturoffensive Luzern
 2008 – 2011 Mitglied des Grossen Stadtrates Luzern
 seit 2008 Mitglied des VPOD
 seit 2008 Mitglied der Volkshausgenossenschaft Luzern
 2007 – 2008 Geschäftsleitungsmitglied der SP Kanton Luzern
 seit 2006 Mitglied bei ProVelo
 seit 2005 Mitglied der SP Stadt Luzern
 2005 Mitglied der Kampagnenleitung Stipendieninitiative
 2003 – 2011 Vorstand der JUSO Luzern
 2002-2007 JUSO-Vertreter an den kantonalen SP-Delegiertenversammlung
 seit 2001 Mitglied der JUSO Luzern

Motivations schreiben

Wo stehen wir? Wohin wollen wir?

Die Sozialdemokratie hat keine einfachen Jahre hinter sich. Wir verzeichneten in beinahe allen Kantonen markante Verluste insbesondere an rechtsbürgerliche Kräfte. Wir verkrochen uns zunehmend in eine Verteidigungsposition, um die Errungenschaften des letzten Jahrhunderts gegen die Dominanz des Neoliberalismus und die Ignoranz der Fremdenfeindlichkeit zu verteidigen. Diese Entwicklung schien lange Zeit unaufhaltsam. Die Wahlen im Herbst belehrten uns aber eines Besseren. Die rechtsbürgerlichen Kräfte verloren massiv, die Parteienlandschaft wurde ordentlich durcheinander gewirbelt und ist so unübersichtlich und vielfältig wie noch nie in der Schweizer Geschichte.

Es ist symptomatisch, dass von dieser desorientierten Situation auch weitgehend diffuse Kleinparteien profitieren konnten, während die populistische Rechte und die traditionelle Mitte deutliche Verluste hinnehmen musste. Die SP hat als einzige Partei Sitze gewonnen, nicht zuletzt deshalb, weil die WählerInnen in einer solchen Zeit eine klare Positionierung wünschen. Die SP hat sich vor ziemlich genau einem Jahr gewagt, endlich wieder inhaltliche Pflöcke einzuschlagen. Allen medialen und politologischen Prophezeiungen zum Trotz führte dies die SP nicht direkt in den Abgrund, sondern endlich wieder zu Wahlsiegen. Wir sind wieder auf Kurs Richtung Siegerstrasse.

Auf dieser Strasse muss die Sozialdemokratie mit vereinten Kräften weitergehen, denn sie hat Potential. Nach 40 Jahren Neoliberalismus, Konkurrenzkampf und Profitgier werden soziale Gerechtigkeit und Solidarität wieder Oberwasser gewinnen können. Unsere grösste Herausforderung besteht darin, dass die von rechts geschürte soziale Unsicherheit nicht ein neues Klima schafft, in dem Fremdenfeindlichkeit die echten sozialen Konflikte verdeckt. Was müssen wir dafür tun?

Wir müssen die Menschen überzeugen, dass wir eine politische Alternative sind, dass wir Ungerechtigkeit nicht hinnehmen, sondern bekämpfen und dass wir das aber nur gemeinsam schaffen.

Wir dürfen uns nicht länger mit der Rolle der ScherbenwischerInnen der bürgerlichen Fehlpolitik begnügen, sondern müssen unsere Vorstellung einer solidarischen Gesellschaft skizzieren.

Gemeinsam voran

Nur gemeinsam schaffen wir es, erfolgreich Politik für alle statt für wenige zu machen. Die JUSO Schweiz hat als Jungpartei der SP einen grossen Beitrag geleistet, dass wieder mehr Menschen von einer sozialdemokratischen Politik überzeugt sind.

Mit der 1:12-Initiative ist es uns gelungen, die Debatte um Lohngerechtigkeit mit klaren linken Forderungen zu führen und dank engagierten, kritischen und interessierten Mitgliedern ist die JUSO zur stärksten Jungpartei der Schweiz geworden. Mit Cédric Wermuth, Mathias Reynard und Jean-Christophe Schwaab können gleich drei JUSOs in den Nationalrat einziehen. Es ist uns nicht nur gelungen durch provokative Aktionen aufzufallen, sondern vor allem auch inhaltlich glaubwürdige Arbeit zu leisten. Die Grundlage für die Arbeit ist die breite Palette politischer Bildung die wir für unsere Mitglieder anbieten und ständig ausbauen.

Zu diesem neuen, selbstbewussten Bild der JUSO gehört auch ein veränderter Umgang mit der SP als Mutterpartei. Anders als noch vor einigen Jahren ist die SP nicht mehr der natürliche Feind der JUSO. Im Gegenteil: Dank der verstärkten Zusammenarbeit konnten wir den Anteil jener JUSOs die gleichzeitig oder nach ihrer JUSO-Zeit auch Mitglied der SP wurden, deutlich erhöhen. Wir beschränken uns aber nicht nur auf die Rolle des Durchlauferhitzers.

Die JUSOs leisten in der ganzen Schweiz einen beträchtlichen Einsatz für die Sozialdemokratie. Sie stellen oft ohne Aussicht auf einen eigenen Sitz Listen für die Wahlen auf allen Ebenen zusammen, sie sind an vorderster Front, wenn es um Standaktionen, Unterschriften sammeln oder Wahlkampf geht. Diese JUSO übernimmt in immer mehr Kantonen und auf nationaler Ebene Verantwortung. Und wer Verantwortung übernimmt, möchte auch mitentscheiden können.

Seit einem halben Jahr bin ich Präsident der JUSO Schweiz. In dieser intensiven Zeit haben wir einen Wahlkampf geführt, ein politisches Sommerlager für 120 Mitglieder organisiert, diverse Kampagnen initiiert und insbesondere dafür gesorgt, dass die JUSO Schweiz nach dem grossen Wechsel in der Geschäftsleitung ihre Dynamik und Kraft weiter ausbauen konnte. Dieser Übergang ist sehr gut gelungen. Ich bin nun bereit für eine zusätzliche Herausforderung, die das SP-Vizepräsidum bringt und würde gerne diesen Einsatz für die Sozialdemokratie leisten.

Herzlichen Dank für Euer Vertrauen.

Traktandum 8: Parolenfassung für eidg. Abstimmungen 11.März 2012

I) Bundesgesetz über die Buchpreisbindung

Bücher sind keine simplen kommerziellen Waren. In der Vielfalt des Bücherangebots und der Buchhandlungen drückt sich der Reichtum einer Kultur aus. Das ist aber keine Vielfalt im Sinne einer kleineren oder grösseren Auswahl wie z.B. bei Mineralwassersorten. Es geht um Erhalt und Produktion einer möglichst breiten Palette künstlerischen (und wissenschaftlichen) Schaffens. Und diese kulturelle Vielfalt kann der kurzfristig orientierte Markt nicht sicherstellen. Darum bedarf es verschiedener Schutzmassnahmen für das Buch als zentrales Kulturgut, weil sonst speziell anspruchsvollere Titel mit einer kleinen Leserschaft im Wettbewerb des immer schnelleren Medienmarktes zu verschwinden drohen.

Die Schweiz mit ihren vier Sprachen und den unterschiedlichen Kulturen auf kleinem Raum ist speziell gefordert, dem Buch Sorge zu tragen und dafür zu sorgen, dass in allen Landessprachen Werke geschaffen und einer breiten LeserInnenschaft zugänglich gemacht werden können.

Dass geschrieben und gelesen wird, ist aber nicht nur eine Frage des kulturpolitischen „nice to have“. Wenn gut 30 Prozent der einheimischen erwachsenen Bevölkerung nur über bescheidene Lesekompetenz verfügen und 20 Prozent der Jugendlichen die Schule mit schwacher Lesefähigkeit verlassen, muss das die ganze Gesellschaft, also auch die Wirtschaft interessieren: Wer schlecht lesen kann, liest nicht nur keine Bücher, sondern hat auch zunehmend Mühe in der Arbeitswelt.

Sowohl Untersuchungen zu den ersten Auswirkungen der Abschaffung der Buchpreisbindung von 2008 wie auch die zeitlich sehr viel breiter gefassten Studien zum Buchmarkt in England zeigen klar, wie sich durch den unregulierten Wettbewerb die Bücherpreise deutlich verteuern. Zwar müssen die KonsumentInnen für gewisse Bestseller weniger bezahlen, aber gefährdet wird gleichzeitig durch die freien Marktkräfte die Vielfalt der Titel, die nur kleine Kreise von LeserInnen interessieren. Gefährdet sind aber nicht nur die anspruchsvolleren Bücher, sondern auch die unabhängigen Buchhandlungen und als Konsequenz davon auch die kleinen Verlage sowie die AutorInnen. Denn wenn die wichtigsten Kontaktpunkte zu den LeserInnen verschwinden, werden weniger Bücher verkauft sowie in der Folge auch weniger verlegt, weniger gedruckt und weniger geschrieben.

Das Parlament sprach sich am 18. März 2011 (NR 96 zu 86 bei 5 Enthaltungen und SR 23 zu 19 bei einer Enthaltung) für die Buchpreisbindung aus. Ein Komitee der Jungfreisinnigen und der jungen SVP hat das Referendum ergriffen und deshalb wird am 11. März 2012 das Volk zu entscheiden haben.

Antrag der Geschäftsleitung: JA zur Buchpreisbindung

II) Bauspar-Initiative (Für ein steuerlich begünstigtes Bausparen zum Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum und zur Finanzierung von baulichen Energiespar- und Umweltschutzmassnahmen)

Das steuerbegünstigte Bausparen ist ein bürgerliches Anliegen, dem seit Jahren mit immer neuen Volksinitiativen, Standesinitiativen und parlamentarischen Vorstössen zum Durchbruch verholfen werden soll. Es bestehen jedoch grundsätzliche Zweifel am Sinn und an der Wirkung des steuerbegünstigten Bausparens zur Förderung von mehr Wohneigentum und insbesondere zur Schaffung von zahlbarem Wohnraum für alle.

Von steuerlichen Förderungsmassnahmen profitieren immer in erster Linie hohe Einkommen. Viel wirkungsvoller sind direkte Fördermassnahmen für den sozialen Wohnungsbau für die unteren und mittleren Einkommen. Es kommt hinzu, dass die vorgeschlagenen Massnahmen zu unverantwortlichen Steuerausfällen führen. Zudem verkomplizieren solche fiskalischen Privilegierungen das bereits wenig übersichtliche Steuersystem weiter. Letztlich ist das steuerlich begünstigte Bausparen auch unnötig, da bereits mit den Vorbezügen der 2. Säule ein Instrument für die breitere Förderung des Wohneigentums vorhanden ist.

Von der Bauspar-Initiative profitieren - entgegen der Behauptung der InitiantInnen - gerade Schwellenhaushalte nicht, da ihnen gar nicht genügend Einkommen zur Verfügung steht, um steuerbefreit innert zehn Jahren genügend Eigenmittel zur Seite legen zu können. Verschiedene Studien belegen, dass Bausparen eine ungünstige sozial- und einkommenspolitische Wirkung aufweist und nur zu einem vernachlässigbaren Teil dazu führt, dass Schwellenhaushalte selbstgenutztes Wohneigentum erwerben können. Vor allem aber profitieren jene Personen mit hohem Einkommen von einer Steuererleichterung, die sowieso - auch ohne Anreiz durch das Bausparen - ein Eigenheim gebaut hätten.

Es gilt weiter zu beachten, dass die Rechtsgleichheit aufgrund der Besonderheiten der Wohneigentumsbesteuerung bereits heute krass verletzt wird. Die aktuell tiefen Eigenmietwerte und die gleichzeitig hohen Abzugsmöglichkeiten (Unterhalt, Schuldzinsen) führen dazu, dass ein Grossteil der WohneigentümerInnen weniger Steuern zahlt als MieterInnen in einer vergleichbaren familiären und finanziellen Situation.

Antrag der Geschäftsleitung: NEIN zur Bauspar-Initiative.

III) Verfassungsabstimmung Gegenvorschlag Lotterieteinitiative

Im Jahre 2009 wurde mit rund 170 000 gültigen Unterschriften die Volksinitiative "für Geldspiele im Dienste des Gemeinwohls" als ausformulierter Entwurf eingereicht. Sie bezweckte einerseits, Gewinne der Lotterien und gewerbsmässigen Wetten vollumfänglich gemeinnützigen Zwecken zukommen zu lassen, und andererseits, die Bruttospielerträge der Spielbanken stärker als heute zur Finanzierung der AHV und IV beitragen zu lassen. Die Initiative wollte auch eine klarere Kompetenzabgrenzung zwischen dem Bund und den Kantonen. Der Bund soll generell über eine umfassende Gesetzgebung im Bereich der Spielbanken verfügen, die Kantone im Bereich der Lotterien und gewerbsmässigen Wetten.

Die Stossrichtung der Volksinitiative wurde von Bundesrat und Parlament unterstützt. Die Initiative wies aber verschiedene Mängel, insbesondere unpräzise Formulierungen auf, die zu Kompetenzkonflikten zwischen Bund und Kantonen hätten führen können. Das Parlament hat deshalb die Initiative abgelehnt und ihr einen Gegenentwurf gegenübergestellt, in welchem die bei der Initiative festgestellten Mängel bereinigt wurden. Der Nationalrat hat den Gegenentwurf mit 193:3 Stimmen (die 3 Stimmen kamen von der SVP) angenommen, im Ständerat erfolgte die Annahme einstimmig. Die InitiantInnen zogen daraufhin die Initiative zurück. Über den Gegenvorschlag stimmen wir nur deshalb ab, weil es sich um eine Verfassungsänderung handelt und er deshalb dem obligatorischen Referendum untersteht – inhaltlich ist er unbestritten.

Antrag der Geschäftsleitung: JA zum Gegenvorschlag.

Traktandum 11: Resolutionen

Resolution der SP Waadt

R-4: Für den Erhalt der Arbeitsplätze und der Standorte von Novartis. Nein zur Geldgier bei Novartis!

Zwei Tage nach den eidgenössischen Wahlen kündigte Novartis ohne jede vorgängige Rücksprache mit den Angestellten oder den Behörden einen drastischen Stellenabbau an. Insgesamt 1100 Arbeitsplätze sollen in der Schweiz verschwinden: 760 im Kanton Basel-Stadt und 350 im Kanton Waadt. Den Standort Prangins-Nyon (VD) will Novartis schliessen. Es wäre jedoch völlig verfehlt anzunehmen, das Unternehmen befinde sich in irgendwelchen Schwierigkeiten. In den ersten neun Monaten dieses Jahres erzielte Novartis Rekordergebnisse: Der Umsatz stieg um 20 Prozent, und es wurde ein Reingewinn von über 10 Milliarden Dollar erwirtschaftet.

Die SP ist entrüstet darüber, dass die Geldgier der Aktionäre hochrentable Unternehmen dazu bringen kann, ihre Angestellten zu opfern. Jene Angestellten wohlverstanden, ohne die ein solch gutes Geschäftsergebnis gar nicht möglich gewesen wäre. Die soziale Verantwortungslosigkeit von Novartis könnte einschneidende Folgen für den Industriestandort Schweiz haben. In der derzeitigen wirtschaftlichen Krise könnte dieses Beispiel bei anderen Grossunternehmen Schule machen, die sich ebenso wenig um die sozialen Konsequenzen ihrer Entscheidungen kümmern. Novartis begründet den geplanten Stellenabbau mit den höheren Kosten in der Schweiz. Dabei unterschlägt der Basler Multi jedoch, dass er heute in unserem Land wegen der beschränkten Parallelimporte von erheblichen Vorteilen profitiert. Die Schweizer Konsumentinnen und Konsumenten werden von einem Unternehmen übervorteilt, das vorgibt, nichts von den ihm zugestandenen Privilegien zu wissen.

Aus diesen Gründen fällt die Delegiertenversammlung der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz folgende Beschlüsse :

- Die SP Schweiz appelliert an Novartis, auf ihren Entscheid zurück zu kommen und diese für die Basler und Waadtländer Industrie wichtigen Arbeitsplätze zu erhalten. Die ungerechtfertigte Schliessung des Novartis-Standorts in Nyon-Prangins lehnt die SP entschieden ab.
- Die SP Schweiz bezeugt in dieser Zeit der Ungewissheit ihre Solidarität mit den Angestellten von Novartis. Sie unterstützt die Aktionen der Gewerkschaft UNIA vor Ort und die von der UNIA lancierte Petition. Die SP verteilt die Petition unter ihren Mitgliedern.
- Die SP Schweiz unterstützt die Behörden des Bundes und der betroffenen Kantone, welche den Erhalt der bedrohten Arbeitsplätze fordern und sich gegen die Schliessung des Standorts Nyon wehren. Sie ruft die Behörden auf, in dieser Angelegenheit keinerlei Zugeständnisse zu machen.
- Die SP Schweiz bekräftigt, dass Schweizer Unternehmen, denen auf Gesetzesebene oder in finanzieller Hinsicht Vorteile zugestanden werden, sich im Gegenzug zwingend ihrer sozialen Verantwortung bewusst sein müssen. Novartis profitiert konkret von einer Beschränkung der Parallelimporte und den Vorschriften des Patentrechts. Wenn Unternehmen wie Novartis deshalb ihre soziale Verantwortung nicht wahrnehmen, können die Vorteile, von denen solche Firmen profitieren, auch nicht mehr vor dem Schweizer Volk gerechtfertigt werden.
- Die SP Schweiz beauftragt die sozialdemokratische Bundeshausfraktion, die Rechte der Angestellten bei Massenentlassungen zu stärken. Sie soll sich dafür einsetzen, dass derartige Stellenkürzungen bei finanziell gesunden Unternehmen nicht mehr möglich sind. Die entsprechenden Gesetzesvorschläge sollen auf nationaler Ebene in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften erarbeitet werden.

Stellungnahme der Geschäftsleitung: Annahme der Resolution.